

# S C H U T Z B U N D Z E I T U N G

Dezember 1936. 10 Groschen.

## Volksfront ist Niederlage.

Nun stehen die nationalen Truppen in den Vorstädten Madrids. Granaten und Brandbomben sind die Grösse von Francos Armee an die Madrider Bevölkerung, Ermordung wehrloser Frauen und Kinder das Mittel, sie zu nationalem Bewusstsein zu erziehen. Alle Spanier sind Brüder! Wir wollen keine Diktatur gegen die Arbeiter! Wir wollen nur die Grösse Spaniens! Alle Spanier sind Brüder! Und während die Radiostationen der Generale diese heuchlerischen Phrasen in alle Welt senden, während die in ihrem Dienst stehende Jouraille des In- und Auslandes dem Kampf Francos für Kultur und Menschlichkeit gegen Anarchie und Barbarei ihren frenetischen Beifall zollt - - - werden von den nationalen Truppen die Gefangenen zu hunderten erschossen! Denn alle Spanier sind Brüder!; werden in den von den Weissen besetzten Gebieten die Proletarier mit blutiger Faust niedergelassen; denn Franco will keine Diktatur gegen die Arbeiter!; wird Spanien von den Horden der Fremdenlegion, diesem bewaffneten Auswurf aller Länder Europas, verwüstet; denn Franco verteidigt gegen Anarchie und Untermenschentum die christliche Gesittung!; werden die halbbarbarischen Stämme Marokkos als Sturmtruppe eingesetzt; denn sie sind wahrhaftig eine wertvolle Kraft in der Front zur Verteidigung der abendländischen Kultur gegen die asiatische Unkultur des Kommunismus.

Die nationalen Truppen stehen in den Vorstädten Madrids. Noch haben sie die Hauptstadt nicht, noch muss sie erst erobert werden. Noch ist nicht alles verloren; denn sogar wenn Madrid fällt, können sich die Milizen nach Katalonien zurückziehen, um von dort, aus Barcelona als Zentrum und stärkste Kraftquelle, den Kampf von neuem aufzunehmen.

Die nationalen Truppen haben Erfolge, denn sie haben die grösseren technischen Hilfsmittel; sie haben die militärischen Spezialisten; sie werden von den faschistischen Staaten auf das kräftigste unterstützt. Auf Seite der Milizen aber Mangel an Geschützen, an Flugzeugen; eine Armee, die zum Grossteil vor wenigen Wochen noch in den Betrieben stand, die ihre Ausbildung im feindlichen Feuer erhält und darum grausame Verluste erleidet. Aber trotz der militärischen Ueberlegenheit, trotz aller Erfolge der nationalen Truppen steht das eine fest die Milizen schlagen sich gut, kämpfen heldenmütig, den Tanks und Flugzeugen der Gegner zur Abwehr oft nur Gewehrfeuer und das Bajonett entgegenstellen können. Dass die Milizen Terrain verlieren, dass Madrid nun unmittelbar bedroht ist, ist wahrlich nicht die Schuld der Milizen, sondern in der natürlichen militärischen Ueberlegenheit der Konterrevolution begründet.

Jede Konterrevolution ist der Revolution militärisch überlegen. Wenn bis jetzt jede wahre Revolution die furchtbaren Machtmittel der alten Gesellschaft niederwerfen konnte, so nur deshalb, weil die Revolution der Gegenrevolution politisch überlegen ist. Die ungeheuren Kräfte, die in den Millionennmassen schlummern, zu entfesseln, sie in das richtige Bett zu lenken, der Konterrevolution politisch den Boden unter den Füssen zu entziehen, so dass sie mit all ihrer militär-

ischen Ueberlegenheit gleichsam in der Luft hängt, das ist die zu lösende Aufgabe, darin besteht die Kunst der revolutionären Führung, von deren Vorhandensein somit letzten Endes das Schicksal der Revolution abhängt!

Die Konterrevolution muss politisch geschlagen werden! Erst die politische schafft der Revolution auch nach und nach die militärische Ueberlegenheit. Aber ist eine revolutionäre Führung, eine revolutionäre Partei vorhanden? Das ist die Grundfrage der spanischen, das ist die Grundfrage jeder Revolution.

Spaniens Arbeiter und Bauern sind stark genug, um jeden Feind niederzuringen zu können. Aufrichtung der Rätemacht, Arbeiterkontrolle der Produktion, Enteignung der kapitalistischen Grossbetriebe - - und die Arbeiter werden ihren Klassenstaat auf Tod und Leben verteidigen! Entschädigungslose Enteignung des Grossgrundbesitzes und der Kirche, entschädigungslose Aufteilung von Grund und Boden auf die landarmen Bauern - - und die bäuerliche Basis der Armee Francos wird schmelzen wie Schnee in der Sonne und das Dorf wird mit den Arbeitern gehen. Revolutionäre Politik des Proletarierstaates den unterdrückten Kolonialvölkern gegenüber, Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der unterdrückten Nationen bis zum Recht der Bildung eines eigenen unabhängigen Staates - - und kein General wird marokkanische Truppen gegen die Arbeiter führen können. Man muss das Vermögen der Kapitalisten konfiszieren, allen Kapitalisten alle Mittel nehmen, nicht nur derjenigen die gegen die Madrider Regierung sind - - und die bewaffneten Verbrecher der Fremdenlegion, die nur kämpfen, solange sie Geld schon, werden sich in alle Windrichtungen verlaufen.

Aber die Parteien der Volksfront sind unfähig zu dieser Politik. Sie sind mit einem Teil der Bourgeoisie verbündet, sie stehen prinzipiell auf dem Boden der Koalitionspolitik, und können darum nichts ernsthaftes gegen das kapitalistische Privateigentum unternehmen. Sie können zehn, zwanzig, hundert Kapitalisten enteignen, das Privateigentum als Institution müssen sie bestehen lassen. Sie stehen auf dem Boden der Koalitionspolitik und können daher über den Rahmen der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Klassenstaates nicht hinaus. Sie sind in Wirklichkeit als die letzten Reserven der bürgerlichen Gesellschaft verbissene Gegner der proletarischen Diktatur. Sie sind kleinbürgerliche Parteien, und der Anteil an der kapitalistischen Macht und am kapitalistischen Profit ist ihr oberstes Ziel. Sie werden und müssen das Proletariat Spaniens in die Katastrophe führen, so wie die kleinbürgerliche Sozialdemokratie das Proletariat Italiens, Deutschlands, Oesterreichs in den Abgrund geführt hat.

Wie jämmerlich sehen spanische Sozialdemokratie und Stalinpartei aus, die sich als "bolschewistische" Parteien gebärden und doch nur die getreuen Nachahmer der Menschewiken sind! So wie jene an Kerenskis Rockschoss, so hängen diese an den Rockschössen der Bürger Azana, Companys, Girals und Konsorten - - getreue Lakaien ihrer kapitalistischen Herren bis zum Untergang. Wie jämmerlich nehmen sich die "antiautoritären" Anarchisten aus, diese Staatsverneiner, die jetzt, von den Ereignissen am Kragen gepackt, ihre "revolutionären" Deklamationen vergessen und sehr "autoritär" und den Prinzipien der "Herrschaftslosigkeit" widersprechend in die Regierung eingetreten sind.

Aber ist es nicht möglich, dass die Volksfront dennoch siegt? Das ist nicht ganz ausgeschlossen. Doch ein Sieg für die Arbeiter wird es nicht sein. Ein "Volksfront" regime ist keine Arbeiterregierung, sondern nur eine demokratisch maskierte Form der Ausbeuterherrschaft, es ist bürgerliche Demokratie, die unter neuartigem Namen segelt. Vor allem aber wird ein Sieg der Volksfront kein dauerhafter sein. Unter den Bedingungs-

en des absterbenden, verfaulenden Kapitalismus ist kein Platz für die bürgerliche Demokratie. Der Kapitalismus, der zum Monopolkapitalismus geworden ist, kann sich seinen Profit nur mehr durch die ungeheuerlichste Plünderung und Ausbeutung der Werktätigen sichern. Dazu bedarf aber die Bourgeoisie der faschistischen Diktatur. Die allgemeine Krise des Kapitalismus ist zugleich die Krise der Demokratie, deren Todesstunde geschlagen hat sogar in so "demokratischen" Ländern wie Frankreich und England - und die vollends eine Unmöglichkeit ist in dem von Fieberschauern erschütterten Spanien. Einem Sieg der Volksfront müsste nach kurzer Zeit ein neuerlicher Kampf folgen, der noch wilder, blutiger wäre als der jetzige und der die Frage: faschistische oder proletarische Diktatur neuerlich, noch stärker, noch dramatischer aufrollen würde. Faschistische oder proletarische Diktatur, ein Drittes gibt es nicht in Spanien! Aber die Diktatur des Proletariats fällt nicht vom Himmel, sie muss von den Arbeitern erkämpft werden unter Führung einer wahrhaft revolutionären Partei, deren Banner nur das der Vierten Internationale sein kann.

Der Bürgerkrieg wird sich noch monatelang hinziehen. Je länger er dauert, desto grösser wird der Widerspruch zwischen den Bedürfnissen der Massen und der Volksfrontpolitik werden; je länger er dauert, desto gebieterischer wird vor die Arbeiter die Notwendigkeit treten, mit den Parteien der "Volks"front zu brechen und sich ihre neue Klassenpartei zu schaffen. Wahrhaftig, wenn die Geschichte für das Schicksal der Menschheit im allgemeinen die Entscheidung gestellt hat: Sozialismus oder Untergang in Barbarei!, so gilt heute für das Proletariat Spaniens zehntausend- und hundertfach: neue revolutionäre Partei -- oder den Untergang!

18. November 1936 .

#### Ein neuer Spaltungsvorwurf der K.P.

Das Hauptziel der KPOs. ist heute die Einreihung Oesterr. in die imperialistische Front Frankreichs. Diese Aenderung der österreichischen Aussenpolitik soll durch die Aufrichtung einer "demokratischen Volksregierung" erreicht werden. Zur "demokratischen Volksregierung" will die KP durch die "Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte und Gruppen" kommen. Anders ausgedrückt: die KP will die offene kapitalistische Diktatur durch die demokratisch verhüllte kapitalistische Diktatur ersetzen; sie will an Stelle des Schuschniggregimes die bürgerliche Demokratie; und sie will die bürgerliche Demokratie erreichen und behaupten, durch die Koalitionen mit dem linken Flügel der Bourgeoisie.

Wir haben schon oft auseinandergesetzt, welche Auswirkungen diese Politik für das Proletariat hat und haben muss. Wir sind nun auch gezwungen uns mit der "demokratischen", auf die "Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte" ausgerichtete Praxis der KP zu befassen, soweit sie uns im Schutzbund und unserem Bezirk betrifft, um zu zeigen, wie der "antifaschistische Kampf" der KP in Wirklichkeit aussieht.

Die KP ist also für die Demokratie. Doch oh weh - es zeigt sich, dass die demokratischen Grundsätze zwar angewendet werden sollen, wenn es sich um demokratische Bourgeois, demokratische Grossbauern, Offiziere, und wie nun alle die "demokratischen und antifaschistischen bürgerlichen Kräfte" beschaffen sind, handelt, dass aber diese Grundsätze ganz und gar nicht gelten uns gegenüber, die wir am Gedanken der proletarischen Diktatur festhalten. So kann es dann allerdings kommen, dass die Demokraten von der KP uns, die wir im Bezirk die Mehrheit bilden, aus dem SCHB. ausschliessen wollen, dass die Minderheit die Mehrheit ausschliesst, ist für unsere die demokratischen Prinzipien verteidigende KP eine Selbstverständlichkeit. Ja, wenn es gegen proletarische Revolutionäre, gegen wirkliche Kommunisten geht, da ist die KP sogleich für die Diktatur, auch

wenn es die Diktatur eines so kleinen Häufleins ist wie die KP bei uns im Bezirk.

Die KP ist für die "Zusammenfassung aller antifaschistischen Kräfte!" Wenn wir auch noch keine grosse Kraft sind, uns ist es ernst um die Sache des Proletariats, und mehr revolutionäre Arbeiter stellen wir ins Feld als ein Karl Ernst Winter, Kunschak, oder einer der anderen "Antifaschisten", denen die KP heute am Ruckschoss hängt. Doch welch ein Unglück - - wir sind nicht nur Antifaschisten, wir wollen auch zum grossen Bedauern der KP statt den "demokratischen" Volksregierern die Proletarierdiktatur - - und eine solche antifaschistische Kraft ist der KP ein Greuel, die eine Gänsehaut bekommt bei dem Gedanken, durch ein Kampfbündnis mit uns die bürgerlich-ehrenwerten Herrn "Antifaschisten" aus dem bourgeoisen Lager abzustossen und solcherart ihre Koalitionspartner zu verlieren. Zusammenfassung aller "antifaschistischen Kräfte" unter Ausschaltung der proletarischen Revolutionäre, das ist die "antifaschistische", die "antinationalistische" Front, wie sie die KP will.

Dieses Ziel sucht die KP auch bei uns im Bezirk mit verschiedenen Mitteln zu erreichen. Gleich anfangs sei festgestellt, dass unter diesen Mitteln das des Ueberzeugens an letzter Stelle steht. Desto mehr arbeitet die KP mit Verleumdungen Intriguen, Sabotage, Spaltungsversuchen, alles das unter gröblichster Verletzung der Disziplin des Schb.

An der Spitze derer, die sabotieren, stehen die Stadtleitung des Schb. und der von ihr protegierte Kreis. Seit dem Feber 1934 funktioniert unsere Verbindung mit der Stadtleitung äusserst mangelhaft - - nicht aus unserem Verschulden. Es vergingen oft lange Monate, in denen wir überhaupt nicht wussten, ob eine Stadtleitung noch existiert, bis sie sich plötzlich wieder meldete, um - - Mitgliedsbeiträge von uns zu verlangen. Wir haben dann der Stadtleitung immer dargelegt, dass wir selbstverständlich allen Verpflichtungen, die aus unserer Mitgliedschaft beim Schb entspringen, einschliesslich der finanziellen, nachkommen werden, dass aber die Stadtleitung auch uns gegenüber Verpflichtungen hat, denen sie nachkommen muss. Wir haben verlangt, dass man eine wenn auch notdürftige Verbindung zu uns aufrechterhält, dass man uns wenigstens über die wichtigsten, dringendsten Schb-Angelagenheiten informiert - - doch bei diesen scheinbar unbescheidenen Forderungen zog sich die erzürnte Stadtleitung wieder in die Gefilde der Unsichtbarkeit und des Schweigens zurück. Nun einen Trost haben wir, unser Bezirk hat's ausgehalten, während andre Bezirke, Schosskinder der Stadtleitung, schon längst auf der Strecke liegen geblieben sind.....

Eine andere Taktik hat sich die Kreisleitung zurechtgelegt. Sie ist die ewig Verhinderte, deren "schönlicher Wunsch es ist", mit uns zusammenzukommen, wobei sich der Ausführung dieses "Wunsches" immer wieder unerwartete Hindernisse und Schwierigkeiten entgegenstellen..... Eine Zusammenkunft unsererseits mit der Stadtleitung: wir sind dort, vom Kreis kommt niemand. Neues Datum: der Kreis kommt angerückt, ein Mann hoch, uns die Nachricht überbringend, die anderen seien einer unaufschiebbaren Angelegenheit wegen verhindert zu kommen. Neues Datum: der Kreis kommt, ein Mann hoch. Es sei ein Rätsel, warum die anderen nicht können, sie wären sonst immer so verlässlich, es könne ihnen nur ein Unglück zugestossen sein. Neues Datum: der Kreis kommt ein Mann hoch. Die anderen hätten sich verspätet, meint der gute Genosse. Er geht ihnen entgegen, geht sie suchen. Er verschwindet, und niemals kehrt er wieder..... Brief der Kreisleitung: sie lege grossen Wert auf die Zusammenarbeit mit uns! Und wieder neues Datum.....

Wo unsere KP Genossen im Bezirk so viel "guten Willen" bei Stadt- und Kreisleitung sehen, da wollen auch sie nicht zurückstehen. Ihre Sabotage beginnt beim Vertrieb unserer Zeitung. So oft ihnen eine Nummer

nicht gefällt, verweigern sie entweder die Annahme, oder sie nehmen sie, vertreiben sie aber nicht. Nun haben die KP-Genossen gerade bei der Schb-Zeitung keine Ursache zu diesen ihren Disziplinlosigkeiten. Gewiss die KP kommt in der Zeitung nicht gut weg. Aber die KP-Genossen haben die Möglichkeit, in der selben Zeitung ihre Ansichten widerzugeben, uns in der Zeitung politisch zu widerlegen, Und sie haben von diesem Recht auch schon Gebrauch gemacht. Und trotzdem wird der Vertrieb der Zeitung von der KP immer wieder sabotiert. Die KP-Genossen scheinen also nicht sehr viel Vertrauen zu der Durchsetzungskraft ihrer Argumente zu haben. Jedenfalls: sollten sie die Sabotage des Zeitungsvertriebes nicht einstellen, dann haben sie sich in den Augen aller Genossen, die nicht urteilslos und blind der KP folgen, gerichtet, d.h. sie haben sich in den Augen der grossen Mehrheit des Bezirkes gerichtet.

Der KP, Stadtleitung und Kreis, ist unsere Zeitung ein Dorn im Auge. Sie sind mit Inhalt und Schreibweise nicht einverstanden. Wir aber sind der Ansicht, dass die Aufgabe einer revolutionären Zeitung nicht darin bestehen darf, nur Anekdoten über die Schlechtigkeit der Polizei zu bringen. Dazu bedarf es keiner Zeitung. Die Arbeiter verspüren das am eigenen Leib. Wir glauben, dass es besser ist, die Arbeiter zu lehren, wie die Polizeiherrschaft wieder abzuschütteln ist. Wir glauben nicht, dass man drei oder vier Seiten einer illegalen, oft unter grossen Gefahren mühselig hergestellten Zeitung vergeuden soll, nur um die Weltschütternde Tatsache bekanntzugeben, dass die russischen Fallschirmspringerinnen ein paar tausend Meter höher abspringen wie die deutschen (wie wir einer Schb-Kreiszeitung entnommen haben). Wir glauben nicht, dass es richtig ist, immer wieder über die "Dummheit" und "Unfähigkeit" der Regierenden sich lustig zu machen. Das heisst den Standpunkt der Bourgeoisie einnehmen. Wenn sie "dumm" wären, wären sie heute nicht oben. Wir glauben nicht, dass es zur Erziehung der Arbeiter beiträgt, wenn in einer Schb-Kreiszeitung dem Schuschnigg zwei Seiten lang "Wortbruch" und Verrat an Dollfuß" vorgeworfen wird (wegen des Abkommens vom 11. Juli). Am liebsten würde die KP unsere Zeitung nach dem Muster verschiedener KP- und Sch-Kreis- und Bezirkszeitungen im Stile des verflorenen Kleinen Blattes und der Illustrierten Kronenzeitung redigiert sehen. Nun das können wir nicht. Aber wir haben schon öfter die Bereitwilligkeit ausgesprochen, an Stelle unserer Bezirks- die Kreiszeitung zu vertreiben, wenn man uns das selbe Recht gibt, das wir unseren KP-Genossen bei unserer Zeitung zugestehen, d.h. wenn man uns die Möglichkeit gibt, im Kreisorgan (dessen Erscheinen bis jetzt ein sehr problematisches ist) unsere Ansichten zu vertreten, und zwar auf Grund des Verhältnisses der Stärke unseres Bezirkes zur tatsächlichen Stärke der anderen Bezirke des Kreises. Doch dazu sind Verhandlungen mit dem ewig verhinderten Kreis, dazu ist eine engere Zusammenarbeit notwendig, dazu ist notwendig, dass man sich unserer erinnert nicht bloss beim Geldeinkassieren, - - und solange das nicht der Fall ist, wird die Schb-Zeitung bei uns im Bezirk und darüber hinaus erscheinen und an die Genossen gebracht werden aller Sabotage der KP zu trotz!

Unsere KP-Genossen sind mit der Bezirksleitung unzufrieden. Es geschieht ihnen zu wenig. Wahrhaftig, auch wir möchten mehr leisten. Indessen können wir nicht mehr leisten, als wir Kraft haben. Wir sind, soweit uns bekannt ist, der einzige Bezirk, der regelmässig nun schon durch eineinhalb Jahre eine Zeitung herausbringt. Andere Bezirke haben oft nicht einmal die Kraft, die (übrigens sehr unregelmässig erscheinenden) zentralen Zeitungen zu vertreiben. Wir sind so ziemlich der einzige Bezirk, dessen Mitglieder von Zeit zu Zeit in grösserer Anzahl regelmässig zusammenkommen. Wir sind der einzige Bezirk, der bei diesen Gelegenheiten sogar das Militärische nicht ganz vernachlässigt. Wir be-

mühen uns mit aller Kraft, unsere Genossen politisch zu erziehen, wir sind die einzigen, die im Schb für die Genossen, die sich interessieren und die geeignet dafür sind, einen Kurszyklus organisiert haben, um sie mit den Lehren Marx und Lenins vertraut zu machen. Dass diese Lehren nicht mit der KP-Doktrin übereinstimmen, ist nicht unsere Schuld - - den KP-Genossen mag das alles als zu wenig erscheinen. Gemessen an der Tatsache, dass unser Bezirk in einem zum Grossteil kleinbürgerlichen Stadtviertel liegt, gemessen an der Arbeit viel grösserer Bezirke in Vierteln mit zum Grossteil proletarischen Einwohnern, sind wir mit diesen Leistungen nicht unzufrieden. Und verglichen mit den Vorkommnissen in den anderen Bezirken, können wir schliesslich mit Genugtuung auch darauf verweisen, dass unser Bezirk im grossen und ganzen vor Schlägen der Polizei verschont blieb, während oft die ganze Organisation leichtsinnig aufs Spiel gesetzt und aufgerieben wurde.

Trotz all dieser Tatsachen können und wollen wir von unseren KP-Genossen nicht verlangen, dass sie der Arbeit der Bezirksleitung (in der auch sie vertreten sind) sich hundertprozentig zufrieden geben sollen. Sie sollen uns kritisieren, unsere Arbeit unsere politische Linie. Was wir aber unbedingt von ihnen verlangen ist, dass sie dieser Unzufriedenheit Ausdruck geben und die Dinge, die ihnen nicht gefallen, abzustollen versuchen in jenen Formen, die den in seinen Statuten niedergelegten organisatorischen Aufbau des Schb entsprechen und seine Disziplin nicht verletzen. Die KP-Genossen handeln jedoch anders. So haben sie sich zu einer Fraktion zusammengeschlossen, und diese Fraktion hat sich jetzt hinter dem Rücken der Bezirksleitung und des ganzen Bezirkes als Schb VI. konstituiert und als solcher die Verbindung mit der Kreis- und Stadtleitung aufgenommen (die von diesem Schritt vorher unterrichtet und seine Inspiratoren waren). Eine gröblichere Verletzung der Organisationsdisziplin und der Arbeiterdemokratie ist wohl kaum denkbar! Einzelne KP-Genossen "begründeten diese Handlung mit der albernen Verleumdung, der Sinovjewprozess hätte bewiesen, dass wir Konterrevolutionäre und Agenten der Gestapo Hitlers seien, dass es daher keine Zusammenarbeit mit uns geben kann..... Zur Rede gestellt, traten einzelne KP-Genossen den Rückzug an, erklärten, dass dieser Fraktionsbeschluss ungültig und nur als Antrag, der dem ganzen Bezirk vorgelagt werden soll, gedacht sei. Eine Ausrede, die auf schwachen Füßen steht, da die KP-Genossen wissen, dass aus organisationstechnischen Gründen, der Antrag frühestens in fünf Monaten dem Bezirk vorgelagt werden kann.

Aber vielleicht haben die KP-Genossen keine andre Möglichkeit, für ihre Partei den Bezirk zu gewinnen, vielleicht hat die von ihnen bekämpfte Bezirksleitung, die möglicherweise der wahren politischen Einstellung des Bezirkes garnicht entspricht, ihnen das Recht der freien Meinungsäusserung genommen, so dass sie keinen anderen Weg, als den von ihnen beschrittenen sehen, um an die Schb-Genossen heranzukommen? Hier ist es gut, an die Entwicklungsgeschichte des Bezirkes zu erinnern! Als er nach dem Februar 1934 neu aufgebaut wurde, bildete sich eine provisorische Bezirksleitung, die im Oktober 1934 durch eine gewählte ersetzt wurde. Gewählt wurden die Gruppen- und Zugsführer, die ihrerseits die Bezirksleitung wählten. Als der politische Kurs dieser Leitung immer klarer zu Tage trat, wurde die KP mit dieser Leitung immer mehr unzufrieden, behauptete, sie entspreche nicht der wahren Stimmung des Bezirkes, und verlangten schliesslich die Wahl politischer Vertrauensmänner, die eine neue Leitung wählen und deren politische Linie überwachen sollten. Die KP hoffte, dass, wenn die Leitung nicht mehr von den militärischen Chargen gewählt, ihr die Führung im Bezirk zufallen würde. Die Wahl der politischen Vertrauensmänner erfolgte im Sommer 1935 und ergab eine noch grössere Mehrheit für unsere politische Linie als zuvor. --- Man sollte

meinen, dass nun für jedermann bewiesen sei, dass die aus demokratischer Wahl hervorgegangene, von der KP des Bezirkes auch bestätigte, Bezirksleitung wirklich das Vertrauen des Bezirkes besitzt. Für die KP-Genossen war das natürlich jetzt nicht Beweis genug; sie begannen, als sie sahen, dass der gerade Weg nicht zum Ziel führt, nun krumme Wege zu wandeln. Der neue Weg den sie einschlugen, das geht aus ihrer letzten Handlungsweise mit aller Klarheit hervor, ist der Weg der Spaltung des Schb!

Es ist möglich, dass die KP-Genossen, wie es einzelne bereits getan, nun wieder den Rückzug antreten. Das ändert gar nichts an der Bewertung der Sache. Diejenigen, die die Organisationen des Proletariats spalten, diejenigen, die auch nur den Versuch der Spaltung machen, schwächen die Kraft der Klasse, helfen dem Feind, sind Schädlinge und werden als Schädlinge behandelt werden. Es ist Heuchelei, von Einheitsfront und Einheit zu reden, wenn die Praxis so aussieht, es ist Schutzhilfe für den Faschismus, den man angeblich sehr bekämpft.

Die KP-Genossen werden sagen: "Wie könnt ihr, die ihr mit eurer Propaganda der IV. Internationale für die Spaltung von RS und KP eintrittet, euch uns gegenüber als Verteidiger der proletarischen Einheit aufspielen?" Ihnen sei geantwortet: "Ihr hättet recht, wenn es in der RS und KP, II. und III. Internationale eine proletarische Einheit zu verteidigen gebe. Doch das Gegenteil ist der Fall! RS und KP sind die gefährlichsten Feinde der proletarischen Einheit. Der proletarische Schutzband aber ist etwas ganz anderes als die kleinbürgerliche RS und KP. So wie es unsere revolutionäre Pflicht ist, die Arbeiter von diesen kleinbürgerlichen Parteien loszulösen, so ist es unsere revolutionäre Pflicht, die Einheit des proletarischen Schutzbandes zu wahren.

Für uns ist die Sache der proletarischen Einheit keine leere Phrase; uns liegt sie mehr am Herzen als manchen, die in den diversen "Roten Fahnen" und "Arbeiterzeitungen" das Wort "Einheit" mit den grössten Buchstaben schreiben. Darum sind wir auch weiterhin zur Zusammenarbeit mit den KP-Genossen, der Stadt- und Kreisleitung bereit. Wir verlangen von unseren KP-Genossen dabei weder, dass sie ihren politischen Standpunkt, noch den Versuch, den Bezirk für ihre Partei zu gewinnen aufgeben. Wir verlangen nur, dass sie die Disziplin des Schb nicht verletzen und sich jenes Mittels bedienen, das revolutionären Arbeitern allein würdig ist: das des planmässigen Ueberzeugens der Andersdenkenden!

Möglich, dass die KP-Genossen, von Stadt- und Kreisleitung unterstützt, die Spaltung dennoch durchführen - - gegen den Willen der Mehrheit des Bezirkes. Möglich sogar, dass unser Bezirk, der ja formal eine Minderheit im gesamten Schb darstellt, von der Stadtleitung überhaupt aus dem Schb gedrängt wird. Das kann uns nicht entmutigen. Die grosse Mehrheit des Bezirkes geht mit uns; und die besten, opferwilligsten, vorgeschrittensten Genossen im ganzen Schutzband werden mit uns gehen! Gewisse Beschränkungen die aus unserer Zugehörigkeit zum Schb entspringen, werden fallen und uns ermöglichen, in anderen Bezirken, in denen durchaus nicht alles mit der KP so zufrieden ist, wie diese vielleicht glaubt, anders aufzutreten als bisher. Die Art und Weise unserer organisatorischen Tätigkeit wird geändert werden, nicht aber ihr politischer Charakter. Auf jeden Fall aber: ob im Schb, ob ausserhalb des Schb, das Hauptziel unserer Arbeit, für das wir alle Kraft einsetzen werden, ist und wird sein: eine neue kommunistische Partei, die Vierte Kommunistische Internationale!

### Lehrreiches aus der Schweiz .

Die KP der Schweiz hat an die SP ein Einheitsfrontangebot gerichtet, worin sie sich auf den Boden der (kapitalistischen) Demokratie und der (kapitalistischen Landesverteidigung) stellte.

Die SP hat ihr nun geantwortet, dass damit die KP zwei ihrer wichtigsten Programmpunkte aufgegeben habe und zu einer sozialdemokratischen Partei geworden sei. Und für zwei sozialdemokratische Parteien sei in einem Lande kein Platz: auf der Tagesordnung stünde nicht die Einheitsfront, sondern - der Anschluss der KP an die SP!

Vortrefflich gesagt. So ist es in der Tat: die KP hat überall die sozialdemokratische Linie betreten. Die Linie des Verrates an den Arbeiterinteressen, die bis dahin Monopol der SP war. Wozu sich die SP Schw, ganz freimütig bekennt. Jawohl: SP und KP stehen auf dem Boden der kapitalistischen Demokratie, der kapitalistischen Landesverteidigung! Und sind demnach untaugliche Instrumente für den internationalen Kampf der Arbeiterklasse! Die Notwendigkeit der neuen proletarischen Klassenpartei geht daraus klar hervor. Nur befinden sich die Trotzlisten, befangen in ihrem Opportunismus, - selbst in der Schweizer SP (wie übrigens in den meisten Ländern). Das erschwert ausserordentlich die Sammlung der besten Arbeiter, die nur um den politisch wie organisatorisch völlig selbständigen proletarisch-revolutionären Kern wirklich erfolgreich vor sich gehen kann. Dass die SP-Politik die Arbeiter hinunterführt, auch die "linkeste" SP-Politik, das lehrt die Niederlage Nicoles in Genf. Dort hat dieser "Linke" nun seine Stimmzettelmehrheit verloren und oben sitzt wieder die Genfer Bourgeoisie, die ihren "linken" Hampolmann Nicole wieder holen wird, wenn sie ihn braucht. Nur die proletarischen Revolutionäre können dieses Spiel, bei dem die Massen die Zeche zahlen durchkreuzen.

### Wie sie " L e r n e n " .

Der "Kampf" Nr. 11. entdeckt jetzt in Oesterreich die "Diktatur des Klerikalismus". "Wir müssen den Kampf gegen die faschistische Diktatur als Kampf gegen den Klerikalismus führen!", ruft er aus. Und wie sieht dieser Kampf aus? Unter den Losungen fehlen so entscheidende wie: Entschädigungslose Enteignung des gesamten Kirchenvermögens! Entschädigungslose Enteignung des kirchlichen Grundbesitzes, Aufteilung desselben an die landarmen Bauern.

Diese entscheidenden, die Kirche wirklich ins Mark treffende Losungen, hütet sich die SP zu geben. Und warum? Weil sie damit rechnet, demmaleinst doch wieder mit dem "Klerikalismus" einig zu werden - gegen die Massen! Zugleich zeigt das aber auch den Arbeitern, was diese Leute z.B. heute aus Spanien lernen. Nämlich gar nichts! Umso nötiger, dass die Arbeiter lernen, was sie von SP/RS zu halten haben.

M i t t e i l u n g: Das regelmässige Erscheinen unserer Zeitung ist durch illegale Schwierigkeiten etwas gestört worden. Um die organisatorische Arbeit nicht zu erschweren, wird in einem solchen Falle eine Nummer unserer Zeitung übersprungen; nicht aber die Kassierung der Beitragsmarken. Die geregelte Ausgabe der Zeitung ist wieder sichergestellt.